

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

112 (6.9.1948)

WELTZEITUNG

Berliner Konflikt noch unentschieden

Berlin, 5. Sept. (AP) Die vier Militärgouverneure der Besatzungsmächte trafen am Samstag um 15 Uhr zu ihrer 5. Sitzung im Kontrollratsgebäude zusammen, um technische Probleme in Verbindung mit der Aufhebung der Berliner Blockade zu erörtern und beendeten die Konferenz ohne ihre Besprechungen auf Grund der Direktiven ihrer Regierungen abgeschlossen zu haben.

Die Finanzsachverständigen der vier alliierten Militärgouverneure trafen am Samstag ebenfalls im Gebäude des alliierten Kontrollrats zu Beratungen über deutsche Währungsfragen zusammen.

Ein von der amerikanischen Delegation vorgelegtes Programm soll u. a. Vorschläge zur Errichtung eines Währungs-institutes enthalten haben, das infolge der vorgeschlagenen Begrenzung seiner Kompetenzen weniger als bindendes Glied denn vielmehr als unabhängige Instanz zwischen der Deutschen Notenbank, die mit der Ausgabe der Ostwährung beauftragt wurde, und dem Berliner Stadtkontrollrat, das das eigentliche Berliner Bankensystem darstellt, fungieren soll. Dieses Institut soll dem US-Programm zufolge unter der gemeinsamen Kontrolle alliiert-amerikanischer Sachverständigen aus Finanz- und Wirtschaftsexperten zusammensetzen.

Die britische und die amerikanische Delegation sollen sich, wie alliierte Transportoffiziere am Samstag berichteten, in den Beratungen des Viermächte-Transportausschusses bereit erklärt haben, die eingeleiteten Eisenbahnstrecken Berlin-Magdeburg-Marienburg und Berlin-Stendal-Obidale mit einem Schienenmaterial aus den Westzonen zweigleisig auszubauen.

Die Sowjets sollen diesem Anerbieten im Prinzip zugestimmt haben, sie hätten jedoch die daran geknüpfte Bedingung, beide Gleise beider Strecken zu internationalisieren und eine Viermächte-Kommission zur Festlegung der technischen und zur technischen Überwachung der Bahnkörper und Brücken einzusetzen, nicht ohne weiteres gebilligt.

USA-Luftstreitkräfte in Europa

London, 5. Sept. (AP) Aus militärischen Kreisen verlautete zu der gegenwärtigen Stärke der amerikanischen Luftstreitkräfte in England, es seien hier mindestens 90 Superfestungen und mehr als 50 Sky-master für Frachtlieferung stationiert.

Die Anwesenheit amerikanischer Flugzeuge würde den fünf Staaten der Union — England, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg — zumindest teilweise die Versicherung militärischer Unterstützung durch die USA im Falle eines Krieges geben.

Inbesondere Frankreich habe um eine solche Garantie nachgesucht, einmal bei der Bildung der Westeuropäischen Union und später erneut bei den Londoner Deutschlandverhandlungen. Von britischer Seite verlautete, die gesamte Frage der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Westeuropäischen Union sei in der vergangenen Woche in Washington zur Sprache gekommen.

Die Vereinigten Staaten werden eine beträchtliche Anzahl von Superfestungen und anderen Flugzeugen in England belassen, solange der „Kalte Krieg“ zwischen Rußland und den Westmächten andauert, und die Notwendigkeit einer amerikanischen Luftstreitkräfte in London erklärt.

Ein Gewährsmann führte zwei Hauptgründe für die Stationierung eines Teils der amerikanischen Luftstreitkräfte in England an: 1. die Notwendigkeit einer Rückversicherung des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland, General Clay, und 2. die ermutigende Wirkung der Gegenwart amerikanischer Luftstreitkräfte in Europa auf die Westeuropäer.

Ministerpräsident Schuman bildet neues Kabinett

Vier Radikalsocialisten, vier Sozialisten, sechs Mitglieder der MRP und ein Unabhängiger

Paris, 5. Sept. (AP) Der französische Ministerpräsident Robert Schuman (MRP) bildete am Sonntagmorgen ein neues Kabinett und beendete damit die sechste Tag an andauernde französische Regierungskrise.

Der Ministerpräsident übernahm gleichzeitig den Posten des Außenministers, dem er auch im vorigen Kabinett Andre Marie innehatte. Andre Marie (Radikalsocialist) erhielt den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Eine seiner Aufgaben wird die Führung der französischen Delegation auf der Generalsammlung der Vereinten Nationen sein. Innenminister und damit Chef der französischen Polizei wurde wiederum der Sozialist Jules Moch. Ein weiterer Sozialist, Christian Pineau, übernimmt das Finanzministerium.

Das neue französische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Verteidigungsminister: René Mayer (Radikalsocialist),
Justizminister: Robert Lecourt (MRP),
Erziehungsminister: Tony Revillon (Radikalsocialist),
Arbeitsminister: Daniel Mayer (Sozialist),
Landwirtschaftsminister: Pierre Pflimlin (MRP),
Minister für öffentliche Arbeiten: Henri Queuille (Radikalsocialist),
Wiederaufbauminister: René Coty (Unabhängiger),
Handels- und Industrieminister: Robert Lacoste (Sozialist),
Gesundheitsminister: Pierre Schneider (MRP),
Minister für überseeische Angelegenheiten: Paul Coste Floret (MRP).

Das neue Kabinett unterscheidet sich gegenüber der Regierung Andre Maries nur geringfügig. Schuman trat an die Stelle von Marie als Ministerpräsident, behielt jedoch das Außenministerium. Paul Reynaud schied als Finanzminister aus, um einem Sozialisten Platz zu machen.

Ministerium für ehemalige Kriegsteilnehmer Jules Catore (MRP), Pierre Abelin (MRP) Staatssekretär für den Ministerpräsidenten, Francois Mitterand (MRP) Staatssekretär für den stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Posten eines Informationsministers beauftragt, Yvon Coude du Foresto (MRP) Staatssekretär für Wirtschaft und Ernährung, Fily Dabo Sissoko, ein Negerabgeordneter aus dem Sudan (Sozialist) Staatssekretär für Handel.

Ministerpräsident Robert Schuman stellte am Sonntag dem französischen Staatspräsidenten Vincent Auriol ein Mitglied seines Kabinetts vor. Schuman zeigte sich bei dieser halbzeitigen Zusammenkunft wenig optimistisch und erklärte: „Die Geburt dieser Regierung sei schwierig gewesen. Wir wollen hoffen, daß die Energie, die bei der Bildung der Regierung beizugebracht wurde, auch weiter bei der Ausführung ihrer Handlungen anhält.“

Weltkirchenrat gegen Kommunismus

Amsterdam, 5. Sept. (AP) Die Konferenz des Weltkirchenrates erlebte am Samstag mit ihrer Schlußsitzung zugleich ihren Höhepunkt. Durch die Annahme eines abgeänderten Teiles des Berichtes über die Verwirrung in der menschlichen Gesellschaft, die ursprüngliche Fassung hatte rundweg „die Ideologie des Kommunismus“ verworfen. In der jetzigen abgeänderten Form wurde jener Passus auf „die Ideologien sowohl des Kommunismus als auch des Laissez-faire-Kapitalismus“ präzisiert.

Die Erklärung beginnt hiernach: „Die christlichen Kirchen sollten die Ideologien sowohl des Kommunismus als auch des Laissez-faire-Kapitalismus zurückweisen und versuchen, die Menschen von der falschen Annahme abzubringen, daß zwischen diesen beiden Extremen die einzige Alternative läge.“

Der Weltkirchenrat nahm im übrigen eine christliche Botschaft an die Welt an, in der die Vertreter der Kirchen auffordern, sich der „Krisen der Welt“ zu stellen, die „die Saat des Krieges säen“. Sie sollten „in Christi Namen“ mutig gegen Terror, Grausamkeit und Rassendiskriminierung sprechen.

Die Botschaft sagt unter anderem: „Wir müssen Gott bitten, uns gemeinsam zu lehren, aufrichtig ja und nein zu sagen. Nein zu allem, das die Liebe Christi verhöhnt, zu jedem System, jedem Programm und jedem Menschen, die den Menschen behandeln, als wären sie eine Sache oder ein Profitobjekt, nein zu dem Verteidiger der Ungerechtigkeit, nein zu dem, der die Saat des Krieges säen oder den Krieg als unvermeidlich fördern. Ja zu dem Erzbischof von Canterbury, Dr. Fisher, der Königin Wilhelmina, der Kronprinzessin Juliana und dem Bürgermeister von Amsterdam für die erwiesene Gastfreundschaft und ihre Anteilnahme an der Konferenz.“

Bei dem Schlußgottesdienst in der Westkirche von Amsterdam, bei dem gottesdienstliche Elemente aus den verschiedenen hier vertretenen Kirchentraditionen kombiniert waren, sprachen in ihren Landessprachen der Bischof von Berlin, Dr. Dißelhorst, für die deutsche evangelische Kirche, Pierre Maury für die französisch reformierte Kirche und Dr. Ralph W. Sockman für die christliche Methodistische Kirche New York.

Brünings politischer Einfluß

Düsseldorf, 5. Sept. (Dena) Dem Deutschlandbesuch des früheren deutschen Reichskanzlers Dr. Heinrich Brüning wird in Kreisen, die mit ihm Besprechungen führten, große politische Bedeutung beigegeben. Nach ihrer Ansicht wird sich sein Besuch in absehbarer Zeit auf die parteipolitische Entwicklung in Westdeutschland entscheidend auswirken.

Brüning hat sich, wie in diesen Kreisen betont wird, in Gesprächen mit bekannten Parteipolitikern zu seiner früheren politischen Einstellung bekannt und zum Ausdruck gebracht, daß ausgesprochene Arbeiterparteien sowie konfessionell gebundene Parteien von demokratischen Staaten abzulehnen seien. Eine gesunde und starke politische Mitte sollte in Deutschland zukünftig Parteipolitikern den Ausschlag geben, um eine 1933 zurückliegende Entwicklung wie um das Jahr 1933 zu verhindern.

Wenngleich Dr. Brüning wieder seinen Landbesuch in Cambridge, USA, einnehmen wird, so hat er, wie weiter erzählt wird, durch seinen Besuch in Westdeutschland doch einen neuen politischen Kurs ausgedeutet, der nach Auffassung politischer Beobachter eine starke Umwälzung der Parteipolitik mit sich bringen wird.

Deutschland in Europas Föderation

Interlaken, 5. September. (Dena-Reuter) Der europäische Parlamentarische Kongress nahm am Freitagabend einen aus zehn Punkten bestehenden Plan für eine europäische Föderation an.

Der Kongress, an dem 200 inoffizielle Delegierte von 13 europäischen Parlamenten teilnehmen, wird den Plan den westeuropäischen Regierungen zusammen mit einem Schreiben zustellen, in dem die Einberufung einer europäischen Versammlung gefordert wird.

Der Plan enthält u. a. folgende Punkte:

Bildung einer europäischen Föderation durch die 16 Marshall-Plan-Länder und Westdeutschland, der alle anderen europäischen Länder beitreten können.

Die Bildung eines europäischen Parlaments, das aus einem Senat mit der gleichen Anzahl von Senatoren für jeden Staat und einem Abgeordnetenhaus besteht, dem die von den Länderparlamenten gewählten Mitglieder angehören.

Das Parlament hat die Machtbefugnisse, Gesetze für Frieden, Ordnung und die Regierung der Föderation zu erlassen.

Der von beiden Häusern gewählte Bundesrat soll die aufzuführende Organ sein.

Die Gerichtsbarkeit obliegt einem Obersten Gerichtshof und allen anderen von dem Parlament gebildeten Gerichten.

Die Unionsregierung soll die Zölle und einheitslichen Abgaben kontrollieren, die sobald wie möglich nach der Bildung der Union eingeführt werden sollen.

Kein Staat soll irgend welche Land-, See- und Luftstreitkräfte ohne die Zustimmung des Bundesparlamentes aufstellen oder beibehalten.

Die Bürger aller Staaten innerhalb der Föderation haben die gleichen Rechte und Privilegien.

Änderungen der Verfassung benötigen die Zustimmung der absoluten Mehrheit beider Häuser des Parlaments.

Außerdem hat der interparlamentarische Kongress seine Zusammenarbeit mit anderen an europäischen Zusammenschluß interessierten Körperschaften angeboten; dem Hohen Ausschuß für die Europäische Union und der europäischen interparlamentarischen Union.

Der Europäische Parlamentarische Kongress schloß am Samstag laut Dena-Reuter seine Sitzungen mit einem Aufruf zur Einberufung einer Europäischen Versammlung, die die 16 Marshall-Plan-Länder und Westdeutschland teilnehmen sollen. In einer Entscheidung, die dem Aufruf beigefügt ist, wird betont, daß die wirtschaftliche und politische Einheit Europas lebenswichtig und die Aufgaben der europäischen Föderation die einzige Lösung der Deutschlandfrage sei.

Der Kongress in Interlaken wird, wie Coudenhove-Kalergi erklärte, der letzte vor der Bildung einer Europäischen Versammlung im Jahre 1949 sein. Diese Versammlung soll sich in Parlamentarismus einberufen, von denen je zwei Delegierte auf eine Million Einwohner entfallen. Ein Land darf höchstens 40 und muß mindestens sechs Delegierte entsenden.

Im Telegrammstil

Washington, 5. Sept. Die amerikanische Kriegsmarine gab am Samstag bekannt, daß ein neuer schwerer Bomber für den Einsatz von Flugzeugträgern aus seiner ersten Versuchsflüge absolviert hat. Die neue Maschine mit der Bezeichnung X-1 hat drei Motoren, zwei gewöhnliche Kolbenmotoren und einen Düsenmotor, kann 3 t Bomben tragen und fliegt „wesentlich schneller“ als 500 Fahrpläne. Die US-Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat acht europäische Staaten sowie die Bizonen, Triest und China für die am 2. September endende Woche insgesamt 131 Millionen Dollar zugewiesen, von denen die Bizonen 105 Millionen Dollar erhalten soll. (Dena-Reuter-Oans)

San Francisco, 5. Sept. Etwa 16 000 Seeleute und 12 000 Dockarbeiter befinden sich am Freitag im Streik, während 129 Schiffe in den Häfen der amerikanischen Westküste festliegen. (AP)

Paris, Frankreich, Griechenland und Österreich sind ermahnt worden, zum Kauf von 210 814 Tonnen Kohle aus der Bizonen Deutschlands Dollar kredite in Anspruch zu nehmen, wie die Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit am Samstag bekanntgab. Die Käufe in der Bizonen werden sich auf einen Wert von 18 772 000 Dollar belaufen. (AP)

Wien, Die österreichischen Lebensmittellieferungen wurden am Freitag von 1930 auf 2100 Kalorien täglich erhöht. (AP)

Sofia, In Sofia wurde am Sonntag die Verhaftung und Ausweisung des amerikanischen Vizekonsuls Donald Young bekanntgegeben. Nach dem Kommunisten wurde Young im Juli verhaftet, weil er von zwei bulgarischen militärischen, politische und wirtschaftliche Auskünfte entgegengenommen haben soll. (Dena-AP)

Jerusalem, Arabische und israelische Truppenverbände haben am Samstagfrüh mit der Räumung der Roten Kreuz unterstellten Zone begonnen, wie aus verlässlicher Quelle verlautete. (AP)

„Wir müssen unsere Ziele höher stecken“

Washington, 5. Sept. (Dena-Oans) Anlässlich des „Labor Day“, des amerikanischen Feiertages der Arbeit, der jedes Jahr am ersten Montag im September gefeiert wird, gab eine Reihe führender Amerikaner Erklärungen, die die Ziele des europäischen Wiederaufbauprogramms und die Rolle, die die Arbeiter dabei spielen, betonen.

Der ERP-Administrator Paul G. Hoffman wies auf die Errichtung von Abteilungen für Arbeitsfragen bei den ERP-Verwaltungen in Washington und Paris hin, die für die Wichtigkeit, die man den Arbeitern im Rahmen des ERP beimesse, betonen.

„Wir müssen unsere Ziele höher stecken“, erklärte er. Man dürfe nicht an der Wiederherstellung des alten Zustandes arbeiten, sondern müsse eine Aufwärtsentwicklung anstreben. Hoffman unterstrich, daß das amerikanische Volk einen konkreten Beitrag leisten könne, indem es die JETA mit — Die Aussteller der Bizonen haben auf der Stockholm St. Erik-Messe am 1. September Abschlüsse in Höhe von über einer Million Dollar unterzeichnet, was die summe der Exportaufträge seit dem Eröffnungstag am 25. August auf 230 786 Dollar gestiegen sei. — Die Deutsche Nachrichtenagentur in Bad Nauheim konnte am Freitag und Samstag an ihre Angestellten 250 Care-Pakete ausgeben, die aus der bisher größten Liebesgabenversendung, die je von den Vereinigten Staaten an Angestellte einer deutschen Firma verschickt wurden, stammen. — Zeitschriften der JETA und einer italienischen Delegation wurden für die Zeit bis 28. Juni 1949 Warenexporte aus der Bizonen im Werte von 51 Millionen Dollar gegen Warenbedürfnisse im Wert von 54 Millionen Dollar vereinbart. (Dena)

Ingelstadt, Bei den Verhandlungen der drei Militärgouverneure über die vom Wirtschaftsrat vorgeschlagene Senkung der Tabaksteuer hat, wie aus unterrichteten Kreisen der Tabakwarenindustrie verlautet, der französische Vertreter der Steuererhöhung bisher nicht zugestimmt. Neue Verhandlungen seien auf den 15. September anberaumt worden. (Dena)

Berlin, Vier deutsche Gewerkschafter aus Westdeutschland und Berlin sind von dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL zu einem sechswöchigen Besuch der USA und Teilnahme an dem Jahreskongreß der Fabrikanten in Cincinnati (Ohio) eingeladen worden. — Auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung werden mit Wirkung vom 1. Oktober alle Rationen in der Sowjetzone erhöht. (Dena)

Leipzig, Wie von unterrichteter Seite verlautet, können auf der Leipzig-Messe bis Samstag Exportabschlüsse im Werte von 1 215 000 Dollar zustande. (Dena)

Pius XII. an die deutschen Katholiken

180 000 bei der Schlußkundgebung des Deutschen Katholikentages 1948

Mainz, 5. Sept. (L. A.-Eigenbericht). Am heutigen Sonntag erreichte der Deutsche Katholikentag 1948 seinen Höhepunkt mit zwei machtvollen Kundgebungen auf der Gonsenheim Höhe. Das in diesen Tagen in reichem Flaggenschmuck prangende Mainz offenbarte in seiner schweren Verstumelung durch den Krieg erstmals wieder einen wenn auch bescheidenen Abglanz seiner früheren Pracht und Schönheit, die es einst zum „goldenen Mainz“ machte.

Von Tagesanbruch an stiegen die Tausende von kath. Männern, Frauen und Jugendlichen aus Mainz und die mit zahlreichen Sonderzügen aus allen Richtungen (auch aus Karlsruhe) in die Stadt des 72. Deutschen Katholikentages gekommen waren, hinauf nach Gonsenheim in das vom Kath. Jugendwerk aus einem ehemaligen Luftwaffenlande geschaffene Stadion, dessen riesiges Oval die wehenden Fahnen in den weißgelben und weißroten Farben der Kirche und der Stadt einfaßten. Über 100 000 füllten das weite Stadion, als zu Beginn der Pontifikalmesse die 1000 bunten Banner der kathol. Jugend in fast endlosem Zug zum Festaltar getragen wurden, gefolgt von den Bischöfen und Äbten mit Kardinal Dr. J. Frings, Köln, an der Spitze.

Der apostolische Visitator für Deutschland, Bischof Dr. Muench (USA), zelebrierte die Pontifikalmesse und Bischof Dr. A. Stöhr, Mainz, hielt die Ansprache, in der er zur Verteidigung der Freiheit der Kirche, der christlichen Schule und Erziehung aufrief und sich gegen Eingriffe der Besatzungsmächte in das Schulwesen wandte.

Im Mittelpunkt der Jugendkundgebung im Stadion am Vormittag stand die mit starkem Beifall aufgenommene Rede des Bundesführers der kath. Jugend Deutschlands, Prälat Leo Wolke. Unser Hauptziel müsse sein, Christus in den Herzen der Jugend zu gestalten. Das Gesetz der Liebe, die alle umfasse, sei das Gesetz des Bundes der kath. deutschen Katholiken. Einem besonderen Grund neuen Erzbischof von Freiburg, Dr. W. Rauh.

Das krönende Finale des Katholikentages bildete die Kundgebung der 180 000 Teilnehmer am Nachmittag, in deren Verlauf eine Rede des Papstes an den Deutschen Katholikentag und das deutsche Volk aus Rom durch den Rundfunk übertragen wurde. Der Präsident des 72. Katholikentages, Dr. Herder-Dornreich, gedachte in seiner Begrüßungsansprache der Brüder und Schwestern im Osten Deutschlands, die nicht nach Mainz kommen konnten. Den Blick nach Westen formulierte Dr. Herder-Dornreich den Wunsch nach Verständigung und Ver-

Keine Einigung über die Zuteilungen des Marshall-Plans

Paris, 5. Sept. (Dena-Reuter) Der europäische Wiederaufbaufahrt verläuft sich am Freitag nach einer Sitzung von nur 40 Minuten. Bereits am Donnerstag konnte keine Einigung über die Verteilung des Marshall-Plan-Hilfs erzielt werden. Die 19 teilnehmenden Länder haben inzwischen inoffizielle Besprechungen aufgenommen, die bis zum Beginn der Freitagsitzung andauern.

Bis jetzt gehen die Meinungen über die Verteilung der für das kommende Jahr zur Verfügung gestellten 4875 Millionen Dollar noch immer auseinander. Es bestehen immer weniger Aussichten, daß der Rat noch fristgemäß bis zum 15. September dem Sonderbotschafter Harriman den angeforderten Verteilungsvorschlag vorlegen kann. Ein besonders heikler Punkt ist die Stellung der Bizonen, deren Vertreter die in Aussicht gestellten 367 Millionen Dollar als nicht ausreichend erachten. Weitere Schwierigkeiten bereitet die zukünftige Rolle der Bizonen in dem zur Zeit erörterten mehrseitigen Handelsprogramm.

Darüber hinaus haben sich Komplikationen durch den amerikanischen Vorschlag ergeben, daß die Großbritanniern und Frankreich ihre Reparationspolitik in Deutschland einer Revision unterziehen sollten.

Devisenkonten von Ausländern in Westdeutschland

London, 5. Sept. (AP) Die Besitzer nichtdeutscher Währungsguthaben und nichtdeutscher Wertpapiere in den drei Besatzungszonen Westdeutschlands dürfen jetzt ihre Ansprüche anmelden, wie das Foreign Office bekanntgab. Derartige Konten waren bisher auf Befehl der Militärregierung gesperrt. Eine Anerkennung dieser Ansprüche wird den späteren Abruf dieser Konten aus Deutschland gestatten. Die einzigen Deutschen, die derartige Guthaben anmelden dürfen, sind Kriegsheimkehrer. Die Antragsteller müssen nachweisen, daß ihre Guthaben nicht aus der Kriegsbeute besetzter Länder stammen, nicht von Verfolgten des Naziregimes beschlagnahmt wurden, und daß kein deutscher Staatsangehöriger irgendwie daran beteiligt ist.

Beneschs Begräbnis-Feierlichkeiten

Prag, 5. Sept. (Dena-AP) Die Leiche des verstorbenen Expräsidenten Eduard Benesch wird am Sonntag an seinem Wohnsitz in Sezimovo Usti und am Montag und Dienstag im Pantheon in Prag der Öffentlichkeit zur Schau gestellt, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, dem Verstorbenen die letzten Ehren zu erweisen. Am Mittwoch wird in Prag ein feierliches Staatsbegräbnis stattfinden, anschließend werden die sterblichen Überreste Beneschs wieder nach seinem Wunsch überführt, um seinem eigenen Wunsch entsprechend in dem zu seiner Villa gehörenden Park beigesetzt zu werden.

Die tschechoslowakische Hauptstadt hat am Samstag ein Trauergebet angelegt. Von allen Häusern wehen lange schwarze Fahnen und in den Schaufenstern sind Bilder des Verstorbenen aufgestellt. Vereinzelt sieht man auch Personen mit einer roten und einer weißen Blume im Knopfloch. Rot-weiß waren die Farben der Volkssozialistischen Partei, deren Führer Benesch gewesen ist.

Kurz beleuchtet

Seit Beginn der 4. Republik waren es die drei Parteien der Mitte, die in Frankreich Koalitionen bildeten und wechselseitig die wichtigsten Posten besetzten: die Radikalsocialisten mit Andre Marie, die Sozialisten unter Ramadier, und jetzt der Volksrepublikaner Robert Schuman. Ohne Zweifel waren diese Koalitionen Versuche, „den goldenen Mittelweg“ zu nehmen und die Parteien der äußersten Rechten und Linken kalt zu stellen. Die Sozialisten liegen in dieser Koalition noch am weitesten links, stehen aber zu den Kommunisten in Opposition, und werden von der Force Ouvriere, dem antikommunistischen Gewerkschaftsbund, unterstützt. Die Krise des Kabinetts von Andre Marie wurde durch die schwankende Haltung der Sozialisten eingeleitet, und deshalb ist es wesentlich, daß das Finanz- und das Innenministerium im neuen Kabinett Schumans Sozialisten übertragen wurde; denn die Lösung der dauernden Wirtschaft- und Finanzkrise ist das wichtigste Problem, mit dem Frankreich heute ringt, während der Innenminister eine Schlüsselstellung im Hinblick auf von den Kommunisten und Gaullisten inszenierte Streiks einnimmt. Wenn die Verschiebung auch innerhalb der „Alten Garde“ sich vollziehen hat, bleibt doch die Gefahr einer Verschiebung zum Extremen in der französischen Politik bestehen. W. Sie-

NEUESTE NACHRICHTEN

Ein gefährlicher Präzedenzfall

Über Demokratie und Freiheit in Deutschland heute zu reden, wäre angesichts vorliegender, unüberlegbarer Tatsachen...

Sieht man von persönlichen Rivalitäten...

Sieht man von persönlichen Rivalitäten, die auch eine Rolle spielen, in dem Duell zwischen Karlsruhe und Stuttgart ab...

Arbeitslosenzahl steigt

Im Zusammenhang mit der nach der Währungsreform erwarteten Steigerung der Arbeitslosenzahl wurden die Arbeitsstellen...

Ein Franzose sucht einen Deutschen

Der Franzose A. J. Bayard befand sich am 21. Mai 1940 in Aubigny im Aisne (Frankreich), als die deutschen Truppen...

Die Welt öffnet Deutschland die Türen

Nach vor einigen Monaten warnten die Besatzungs- und die deutschen Behörden vor Unternehmungen, die auswanderungslustigen Deutschen große Summen Geldes...

heute als erste die Meldung verbreiten zu können, daß die Türen der Welt sich in Kürze für die Deutschen weit öffnen werden...

Die Militärregierung antwortet

Frage stehende Stellung auch die erforderliche Fähigkeit besitzt.

1. Frage: „Woher muß ich mich wenden wegen meiner Gehaltsansprüche? Ich war in der Wehrmacht, wurde aber als Wehrmachtssoldat entlassen...

Ruf aus dem Atlantik

ROMAN VON OTTO LUTZ

19. Fortsetzung (Nachdruck verboten) „Gehen Sie schnell zu Herrn Clausen“, flüsterte er hastig.

Geistesgegenwärtig sprang Isabel hinter die geöffnete Tür...

Geistesgegenwärtig sprang Isabel hinter die geöffnete Tür, die Bill aber im selben Augenblick zumachte. Er schaltete die Licht ein...

So gelangten sie an Deck und an der Wache vorüber...

So gelangten sie an Deck und an der Wache vorüber, die verschlafen und betrunken aufmetzte, als der Kapitän sie nicht ansprach.

„Ich ... ich will ihr beweisen ... bring mich zu ihr, Bill ...“

„Ich ... ich will ihr beweisen ... bring mich zu ihr, Bill ...“ Bill half ihm auf, er mußte seine ganze Kraft aufwenden, um nicht mit ihm zusammen umzufallen...

„Hinter dem Patrouillenboot tauchten sich zwei Kreuze auf. Ein zweites Schuß drang an ihr Ohr.“

